

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

№ 58.

Erscheint jeden Wochentag Nachmittags 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 R. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

42. Jahrgang.
Wittwoch, den 12. März.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile ober deren Raum 15 Pf.

1890.

Die Mehrheit, wie sie auch sei.

Als verbürgt melden die „Hamburger Nachrichten“ die Aeußerung des Kaisers, daß ein ungünstiger Reichstag den Lauf der Weltgeschichte nicht aufhalten könne; diese gehe ihren Gang und es komme nur darauf an, die neuen Wege zu erkennen und sie thätig zu betreten. Schon jetzt darf man es als feststehend ansehen, daß die Reichsregierung sich durch den Ausfall der Reichstagswahlen in keiner Weise beirren lassen und dieselben Forderungen stellen wird, die einem regierungsfreundlicheren Reichstage unterbreitet worden wären. Die Lösung der kritischen Fragen dürfte aber in keiner Weise beeinträchtigt werden, sondern der Herbstsession vorbehalten bleiben, bis zu welcher Frist die Nachwirkungen der aufregenden Wahlagitationen sich verflüchtigt und Mittel und Wege gefunden sein dürften, eine Mehrheit für die wichtigsten Regierungsvorlagen zu erlangen. Die Aeußerungen der vatikanischen Organe lassen keinen Zweifel daran mehr zu, daß von Rom aus der die Entscheidung im nächsten Reichstage in der Hand habenden Zentrums-Partei eifrig zugeredet wird, der deutschen Reichsregierung bei der Lösung der sozialen Fragen behilflich zu sein, und sich gegen das Angebot von Zugeständnissen auf kirchenpolitischem Gebiet nicht unempfindlich zu zeigen. Da die betreffenden Unterhandlungen nicht über's Knie gebrochen werden können, ist weder über die neue Militärvorlage noch über die Sozialistengesetz-Novelle eine endgiltige Entscheidung in der Frühjahrs-Session des Reichstages zu erwarten. Wie von gut unterrichteter Seite berichtet wird, bezweckt die neue Militärvorlage außer der Reorganisation der Feldartillerie verschiedene Ergänzungen an Spezialtruppen bei den neuen Armeekorps, ferner die Vermehrung der Unteroffiziere und eine Aufbesserung ihrer Lage. Es handelt sich demnach um ganz ansehnliche Summen, deren Höhe jetzt noch nicht annähernd angegeben werden kann, weil die Vorlage noch gar nicht fertig gestellt ist und überhaupt erst im Herbst eingebracht werden soll. Vielleicht zeigt sich dann die bis dahin zu Stande gebrachte konservativ-ultramontane Koalition noch weit opferfreudiger als die bisherige Kartellmehrheit, der die bedeutenden Verwilligungen für Heereszwecke so sehr verdacht wurden.

Bei der Nähe des Ablaufs der Geltungsfrist des Sozialistengesetzes wird wohl dem neuen Reichstag zwar schon im Frühjahr eine darauf bezügliche Vorlage zugehen, aber das Zentrum würde seinen besten Trumpf aus der Hand geben, wenn es seinen bisherigen Bundesgenossen zu Liebe eine rasche Ablehnung dieser Vorlage zuließe. Die Entscheidung dürfte sich deshalb etwas hinausziehen, selbst auf die Gefahr hin, daß man eine kurze Zeit ohne außerordentliche Abwehrmittel wirtschaften müßte. Die in solchem Falle voraussichtliche Entfesselung der Leidenschaften könnte vielleicht sehr rasch einen völligen Stimmungswechsel in einem großen Theil der Bevölkerung bewirken. Die jetzt zurückgedrängten Kartellparteien haben gerade deshalb allen Grund, einen kurzen praktischen Versuch ohne Abwehrwaffen zu wagen; das Zentrum aber gewinne durch den ersten Mißbrauch der zurückgegebenen Freiheiten den wahrscheinlich willkommenen Grund zum Rückzug von der Position, wo die Ultramontanen die Sozialdemokratie nur mit geistigen Waffen bekämpfen wollten. Die Behauptung von der Erfolglosigkeit des Sozialistengesetzes ist eine oft gehörte und ist anscheinend durch die jüngsten Reichstagswahlen bestätigt worden. Es ist ja richtig, daß man wohl eine kleine Zahl Fanatiker durch Ausnahmegeetze in Schranken, aber nicht Hunderttausende auf die Dauer außerhalb der Grenzen des gemeinen Rechts und der bürgerlichen Gemeinschaft stellen kann. Abmilderungen der bisherigen Bestimmungen sind auch gewiß wünschenswert und ist es vielfach bebauert worden, daß nicht auf die „Ausweisungsbefugnis“ verzichtet wurde, die nach Ansicht der meisten Volksvertreter eine höchst unerwünschte Folge gehabt hat. Die Frage ist nur, ob es bei dem großen Einfluß, den die kleine Zahl Fanatiker auf die Massen ausübt, möglich sein wird, ohne irgend welche besondere Abwehrmaßregel immer gegen die Umsturzbestrebungen auszukommen. Ein kurzer Versuch dürfte unter Umständen genügen, die Unmöglichkeit zu beweisen. Die Annahme, daß die verbündeten Regierungen gesonnen seien, das Sozialistengesetz einfach ohne jeden Ersatz fallen zu lassen, weil die Annahme einer solchen Vorlage von dem gegenwärtigen Reichstage doch nicht zu erwarten sei, ist jedenfalls ebenso ungegründet, wie diejenige, daß ein solcher Gesetzentwurf nur vorgelegt werden solle, um eine Quittung über die Ablehnung zu erhalten und an einen andern Reichstag appellieren zu können. Der deutsche Reichstanzler ist über die jetzige Stimmung in Deutschland sicher zu gut unterrichtet, um durch eine Reichstagsauflösung und Anordnung von Neuwahlen der Opposition die Möglichkeit zu schaffen, die Wahlagitationen noch heftiger zu erneuern und einen der Reichsregierung noch ungünstigeren Reichstag zu Stande zu bringen. Eine Reichstagsauflösung, die nur dazu dienen würde, den Neuen der kaum erst geschaffenen Verlängerung der Legislaturperiode illusorisch zu machen, liegt gewiß nicht in der Absicht der Reichsregierung. Wenn nicht plötzlich eintretende auswärtige Verwicklungen die

ganze Stimmung im deutschen Reiche im Nu ändern und ein allgemeines mächtiges Aufwallen des patriotischen Gefühls erwarten lassen sollten, wird man mit dem jetzigen Reichstag zu wirtschaftlichen Versuchen und demselben ruhig seine Zeit ausleben lassen. Die von dem Kaiser bei dem Festessen des brandenburgischen Provinziallandtages gehaltene Ansprache enthielt ein für die nächste Zeit klares Programm, das in den unzweideutigen Worten gipfelte: „Diejenigen, welche mir behilflich sein wollen, sind mir von Herzen willkommen, wer sie auch seien, diejenigen, welche sich mir bei dieser Arbeit entgegenstellen, zerichmettere ich.“

Wenn nicht unvorherzusehende Gefahren von auswärts aufzutreten sollten, darf man in Deutschland auf eine mehrjährige Ruhezeit hoffen, welche durch die parlamentarischen Debatten kaum ernstlich getrübt werden wird, wenn es dem Talent des Reichstanzlers gelingt, sich eine neue regierungsfreundliche Mehrheit „wie sie auch sei“ zu schaffen. Der Mehrheit des deutschen Volkes kann mit einer längeren Ruhepause nur gebient sein, denn die Häufigkeit der Wahlkämpfe nützt im Grunde doch nur den berufsmäßigen Agitatoren. Das von dem Geheimrath Dr. Böhmert redigirte Organ des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen sagt ganz richtig: „Ein altes lateinisches Sprichwort lautet: „Inter arma silent leges“, zu deutsch „Unter den Waffen schweigen die Gesetze“. Auch bei Wahlkämpfen pflegen manche Gesetze zu schweigen, die in ruhigen Zeiten gültig sind: die Gesetze der Nächstenliebe, der persönlichen Rücksichtnahme und des Anstandes. Sehr häufig hat man in den letzten Wochen beobachtet können, daß ein reichliches Maß von Gehässigkeit und Verleumdung über Parteien ausgegossen worden ist, die doch viele Hunderttausende von Volksgenossen vertreten. Diese Ausaat von Haß muß nicht nur dem politischen Leben des Vaterlandes, sondern auch dem sozialen Wohl zum Schaden gereichen. Es leiden darunter besonders auch die gemeinnützigen Veranstaltungen. Männer, die auf demselben gemeinnützigen Boden stehen, werden durch die Leidenschaft der politischen Kämpfe vielfach auseinander gerissen und mögen nicht mehr miteinander arbeiten. In verschiedenen Gemeinden haben politische Majoritäten erprobte Mitarbeiter aus anderen Parteien zurückgewiesen oder umgekehrt haben Mitglieder der Minderheit wegen der erfahrenen Unbill es abgelehnt, der Majorität für irgend einen gemeinnützigen Zweck noch fernerehin zu dienen. Und nicht nur die lokale Gemeinnützigkeit, auch große Provinzialverbände und Centralvereine haben sichtlich unter dem Umstande gelitten, daß an ihrer Spitze oder doch an hervorragender Stelle Männer stehen, die auch politisch thätig sind.“ Es ist gewiß dringend zu wünschen, daß diejenigen, die sich in den letzten Jahren wegen der Art des politischen Kampfes grollend zurückzogen, recht bald wieder zu den gemeinnützigen Bestrebungen zurückkehren.

Tageschau.

Freiberg, den 11. März.

Der Deutsche Kaiser verlieh dem Vize-Präsidenten des preussischen Staatsministeriums, Staatssekretär im Reichsamt des Innern, v. Bötticher, den Schwarzen Adlerorden. Diese Auszeichnung ist eine so seltene, daß es nicht überraschen kann, wenn dieselbe in Zusammenhang mit den Erörterungen über die fernere Gestaltung der Reichs- und Staatsregierung gebracht wird. Doch sind alle bezüglichen Vermuthungen so unsicher, daß sie vor der Hand keinen Werth beanspruchen können; gehen sie doch u. A. auch darüber auseinander, ob man es mit dem Abschluß von Erörterungen über die Vergangenheit oder mit der Einleitung zu Neuerungen zu thun hat. — Der Kaiserin Augusta war eine weisevolle Gedenkfeier gewidmet, welche der „Waterländische Frauenverein“ am Sonntag Abend in der reichgeschmückten Berliner Singakademie veranstaltete. In der Hofloge sah man den Kaiser, die Kaiserin, den Großherzog und die Großherzogin von Baden, den Großherzog, den Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Sachsen-Weimar, Prinz und Prinzessin Albrecht und Erbprinz und Erbprinzessin von Meiningen mit zahlreichem Gefolge. Die ersten Sitzreihen im Saal waren den Spitzen der Behörden eingeräumt. Zahlreiche Delegirte der Zweigvereine aus allen Theilen der preussischen Monarchie waren erschienen. Nach einem Orgelvorpiel leitete der Domchor mit dem Choral: „Wie herrlich ist die neue Welt“, die Feier ein. Dann betrat der Rabinetsrath der Heimgegangenen, Kammerherr Freiherr von dem Rnebeck, die gegenüber der Königsloge aufgestellte Tribüne und hielt eine Gedenkrede. Aus der Gesamtheit des Lebens der hohen Frau schöpfte er den großen einseitigen Zug der Treue gegen sich selbst und gegen Andere. Er erinnerte dabei auch an die 1655 Kreuze, die sie an Diensthofen für treue Dienste ausgetheilt, an die Belohnung, welche alljährlich Mannschaften der Feuerwehr für Erfüllung treuer Pflicht erhielten. Wie sie aber Treue gefaßt, habe sie auch Treue geerntet, mehr als sie selbst geahnt, sei sie geliebt worden.

Nachdem der Redner geendet, sang der Chor ein aus dem 17. Jahrhundert stammendes Lied „Herr Gott, nun schließ den Himmel auf“. Mit dem Choral „Jerusalem, du hochgebaute Stadt“, fand die Feier einen stimmungsvollen Abschluß. — Gestern Vormittag empfing der Kaiser zu Vorträgen den Admiral Frhrn. v. d. Goltz, sowie den Stellvertreter des Staatssekretärs des Reichsmarine-Amtes, und den Kapitän zur See Frhrn. v. Senden-Bibran und arbeitete darauf mit dem Geheimen Rath v. Lucanus und Generalleutnant v. Sahlte. Gestern Nachmittag um 1 $\frac{1}{2}$ Uhr fand zur Feier des Geburtstages des Kaisers Alexander von Rußland im Berliner Schlosse eine größere Mittagstafel statt, an welcher auch die Mitglieder der königlichen Familie und die fürstlichen Gäste, sowie die Herren der russischen Botschaft u. theilnahmen. Heute Vormittag gedachte der Kaiser sich auf mehrere Stunden nach Potsdam zu begeben. — In der am 8. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung des deutschen Bundesraths wurde über die zum Zweck der Ausführung des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung zu bildenden Versicherungs-Anstalten, außerdem in mehreren Zoll- und Steuerangelegenheiten Beschluß gefaßt. — Das preussische Abgeordnetehaus genehmigte gestern zunächst den Etat der Bauverwaltung. Bei dem Etat der Anstaltungskommission bemängelte Abg. v. Puttkamer-Plauth den hohen Zinssatz und die Forderung zu großen Baarvermögens bei den Anstaltungen. Geheimrath von Wilmski verteidigte das Verfahren der Kommission, die sogar Darlehen zu Bauten herbeibringe. Abg. Windthorst und die Polen Jazdzewski und Czarlinski griffen das Gesetz und dessen Handhabung aufs Heftigste an, während die Nationalliberalen Seer und Sombart das Verfahren der Kommission rechtfertigten. Die Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses nahm das Gesetz an, in dem der Etat auf 1591673942 M. Einnahmen, 1591673942 M. Ausgaben, 1543458873 M. fortbauern und 48215009 M. einmahlige außerordentliche Ausgaben festgesetzt ist.

Die offiziellen „Berliner Politischen Nachrichten“ theilen mit, daß auch Sachsen dem Bundesrathe Anträge auf Abänderung der Bestimmungen der Gewerbeordnung, welche sich auf den Arbeiterschutz beziehen, unterbreitete. Die preussischen bezüglichen Anträge würden im Handelsministerium vorbereitet, wo gestern Besprechungen stattfanden, woran die Staatsminister v. Bötticher und v. Verlepsch, der Staatssekretär Woffe, der Unterstaatssekretär Magdeburg und andere hohe Beamte Theilnahmen. Wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, soll die Berufung des Fürstbischöflichen Kopp als eines der Vertreter Deutschlands in der Arbeiterkonferenz in Aussicht genommen sein. Von mehreren Seiten befehrt man dabei, daß auch Spanien in Folge der Einladung Deutschlands an der Konferenz theilnehmen werde. Nach der „Straßburger Post“ ist zum Vertreter der Reichslande bei der Berliner Konferenz Eduard Köchlin, zum Vertreter Hessens Frhr. v. Seyl in Worms ernannt worden. — Wie der „National-Ztg.“ aus Dohum berichtet wurde, ist in der Versammlung von Delegirten des niederrheinisch-westfälischen Bergarbeiterverbandes, die „Enteignung“ des Bergwerkes bezugs Ueberführung desselben in das Eigenthum der Arbeiter und Beamten der Bergwerke verlangt worden. „Die Urheber des Beschlusses“ sagt das Berliner Blatt „sind offenbar nicht einmal darüber im Klaren, daß, wenn eine „Enteignung“ erfolgt, irgend Jemand die Entschädigungssumme bezahlen muß, und daß, wenn diese bezahlt wird, es sehr zweifelhaft ist, ob die Arbeiter sich in guten Zeiten erheblich besser stellen würden als jetzt, daß sie in schlechten Zeiten aber sicherlich schlimmer daran sein würden, als beim Privatbetrieb.“ — In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses der bayerischen Abgeordneten-Kammer erklärte der Minister v. Crailsheim, bezüglich der Rundgebungen von Jöglingen der Kunstakademie und von Studenten der Universität gegen die klerikalen Abgeordneten sei die Untersuchung eingeleitet. Die für Freitag Nachts getroffenen polizeilichen Vorbereitungen hätten wesentlich dazu beigetragen, erneute Rundgebungen rasch zu unterdrücken. — Das neueste über das Befinden des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin in Cannes ausgegebene Bulletin konstatirt eine am 28. Februar eingetretene Erkrankung mit fieberhaften Erscheinungen und schmerzhaften Verdauungsstörungen. Das Fieber dauerte sechs Tage an bei zeitweiser Schwellung der Leber. Am 6. März trat Entfieberung ein. Die gesunkenen Kräfte heben sich langsam. — Der Großherzog von Hessen, die Prinzessin Heinrich von Preußen und die Prinzessin Alix sind gestern Nachmittag von Malta kommend in Darmstadt eingetroffen.

Der jetzt in der ungarischen Hauptstadt verweilende Kaiser von Oesterreich ließ sich über einen Vorfall Bericht erstatten, der sich auf dem Wohlthätigkeitsballe im Pester Redoutensaal ereignete. Dasselbst insultirten einige junge Leute die Militärtapelle, welche des wohlthätigen Zweckes halber, ohne Begleitung mitwirkte. Sie unterbrachen die Musik mit dem Rufe: „Wir brauchen keine deutschen oder böhmischen Musikanten; die Zigeuner sollen spielen.“ Als einer der Äärm-